Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1179

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Luisenstraße 38. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Marienstr. 38, Tel. I, Nr. 4583.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Vereins- und Kleinanzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10
" " Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 553. | Montag 30. Oktober 1905. | 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Hochschulstreit in Charlottenburg hat schärfere Formen angenommen. (S. Deutsches Reich.)

* Die badischen Landtagswahlen haben eine Zentrumsmehrheit in der zweiten Kammer verhindert. (S. Deutsches Reich.)

* Die 6 Vorwärtsredakteure stellen heute ihre Tätigkeit ein. (S. Deutsches Reich.)

* Ein neuerliches Telegramm meldet das Gerücht, daß tatsächlich das russische Panzerschiff „Potemkin" durch eine von Meuterern verursachte Explosion untergegangen sei. (S. Rußland.)

* Der Mörder der Frau Opitz aus Dresden ist verhaftet worden. (S. Sachsen.)

* Den Germaniapreis in Köln (30 000 ℳ) landete am Sonntag Ed. v. Oppenheims F.-W. „Normanne" vor „Ganges" und „Festino" in einem Felde von neun Pferden. — Die Große Pardubitzer Steeple-Chase (Preis 20 000 Kronen) gewann „Scotch Moor". Den zweiten Platz belegte „Sperate".

Politische Wochenschau.

Der Besuch des Kaisers in Dresden hat in erfreulicher Weise bestätigt, daß Sachsen wie unter seinen früheren Herrschern, so auch unter dem jetzigen König die Treue zum Reich als oberste Richtschnur seiner Politik betrachtet. Es war ein Austausch wahrhaft herzlicher Gefühle, der aus diesem Anlaß sich vollzog und an dem auch das sächsische Volk sich spontan beteiligte. Dieses Gefühl engster Zusammengehörigkeit tritt besonders dann in seiner vollen Bedeutung hervor, wenn die „Gemmnisse in der Welt", von denen der Kaiser bei der Galatafel sprach, sich so stark geltend machen, wie in diesem Sommer. Daß sie auch jetzt noch nicht ganz überwunden sind, daß die „schwere Arbeit" der letzten Zeit noch weiter die Anspannung aller Kräfte erfordert, geht aus der Rede des Kaisers zur Genüge hervor.

Noch schärfer akzentuierte der Kaiser die Mahnung, das Pulver trocken und das Schwert geschliffen zu halten, anläßlich der Enthüllung des schönen Moltkedenkmals. Daß sich dabei der Kaiser gegen die Pessimisten wendet, indem er die Parole: „Die Schwarzseher verbannt!" ausgab, ist gewiß berechtigt, so lange er sich nur auf die unfruchtbare Negation bezieht. In ähnlicher Weise hat er einst den „Nörglern" den Rat gegeben, den heimischen Staub von den Pantoffeln zu schütteln, wie er denn als unerschütterlicher Optimist einst auf die „herrlichen Zeiten" hinwies, denen er seine Brandenburger entgegenführen wollte. Nur wird man nicht auch die wohlberechtigte Kritik verbannen dürfen, die sich an äußeren Schein nicht genügen und durch äußeren Glanz nicht blenden läßt, sondern auf den Kern der Dinge dringt. Und hier findet sich dann allerdings Grund genug, um Bedenken auszusprechen, die sich sehr wohl mit patriotischer Hingebung vertragen. Vor allem sollten die verbündeten Regierungen einmal etwas tun, um der Fleischteuerung entgegenzutreten, die wie ein Bleigewicht auf der breiten Masse des Volkes liegt. Der Kaiser hat in Dresden versprochen, alles zu tun, was in seiner Kraft liegt, um die schwere wirtschaftliche Depression zu heben, die das Land bedrückt. Wir wollen nun abwarten, wie unsere leitenden Männer diese Ankündigung in Taten umsetzen werden. Mögen sie bei der Fleischnot den Anfang machen.

Auf einem anderen Gebiet ist glücklicherweise jetzt eine Verständigung herbeigeführt worden, die über Gebühr zur Verbitterung der Gemüter beigetragen hat. Wir meinen den Lippischen Thronstreit, der durch das reichsgerichtliche Schiedsgericht jetzt glücklich endgültig beigelegt worden ist. Vielleicht konnte dieser Sturm im Glase Wasser, wie ihn die Lippische Frage aufwühlte, nur in Deutschland eine so allgemeine Beachtung finden. Es zeigte sich darin zweifellos eine gewisse staatsbürgerliche Rückständigkeit, zugleich aber auch die Unerbittlichkeit in Bezug auf den Grundsatz: Recht muß Recht bleiben. In anderen Staaten wäre wohl die Frage, ob Biesterfeld, ob Schaumburg oder eine dritte Linie das Lippische Thrönchen einnehmen sollte, mit dem Gefühl allgemeiner Wurstigkeit betrachtet worden. Bei uns konnten Dutzende von dickleibigen Büchern nicht bloß geschrieben, sondern auch eifrig studiert werden, in denen mit profunder Gelehrsamkeit die rücksichtslose Ahnenprobe an den konkurrierenden Linien exekutiert wurde. Die Ahnfrauen Modelle v. Unruh und Frl. v. Friesenhausen waren auf dem besten Wege, historische Berühmtheiten zu werden. Immerhin muß man zugestehen, daß der Streit nicht jene Erbitterung angenommen hätte, wenn man im Volke nicht das Gefühl gehabt hätte, als sollte einem Schwachen Unrecht getan werden. Nun, wenn das Telegramm des Kaisers vom September vorigen Jahres an den Regenten Leopold dieser Mißdeutung fähig war, so hat der weitere Verlauf der Sache gezeigt, daß auch der deutsche Kaiser sich willig dem Rechte beugt. Die Biesterfelder haben geklagt und Graf Leopold kann sich jetzt die Lippische Krone als erster einer hoffentlich recht langen Reihe von Fürsten aufsetzen, die sich alle wie er die „nie wankende Treue zu Kaiser und Reich" zur Richtschnur nehmen.

Vom lippischen Alb erlöst, darf sich der deutsche Staatsbürger wieder seinen eigenen Angelegenheiten zuwenden. Es wird auch Zeit; denn über der misera contribuens plebs hat sich unterdessen ein drohendes Gewitter zusammengezogen. Die Reichsfinanzreform liegt wenigstens in ihren Umrissen jetzt fertig vor; und was darüber bisher bekannt gegeben wurde, das läßt für die schlimmsten Befürchtungen breiten Spielraum. Mit einer gewissen Genugtuung wird offiziös verkündigt, daß eine Uebereinstimmung Preußens in der Erbschaftssteuer nicht stattgefunden hat; das wird man ohne weiteres glauben, da von der Reichserbschaftssteuer die Deszendenten und Ehegatten ausgenommen werden sollen. Nur muß man in diesem Falle hinter die Behauptung, daß für das Reich aus der Erbschaftssteuer eine beträchtliche Einnahme in Ansatz zu bringen sei, ein dickes Fragezeichen machen. In keinem Falle kann es sich, wenn wirklich die neue Reform jährlich 200 Millionen bringen soll, bei der Erbschaftssteuer um einen beträchtlichen Teil dieser Summe handeln. Vielmehr werden Tabak und Bier die Hauptlast zu tragen haben. Und auch hier wieder ist gar nicht daran zu denken, daß etwa nur die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung den Ausfall der Reichskasse decken könnten. Die Masse muß es bringen. Damit aber werden zwei Genußmittel verteuert werden, die freilich nicht gerade unentbehrlich sind, aber die heute doch zu des Lebens Nahrung und Notdurft gehören. Und das in einem Augenblicke, wo ohnehin Fleisch und Brot durch die höheren Zölle der neuen Handelsverträge erheblich verteuert werden. Jedenfalls wird Frhr. v. Stengel keine leichte Arbeit haben, dem Reichstage diese Reform schmackhaft zu machen.

Nunmehr haben wir im Deutschen Reiche wenigstens eine Volksvertretung, die als gesetzmäßiges Ventil der Volkswünsche und Forderungen funktioniert. In Rußland, wo sie fehlt, und wo die kommende Reichsduma mit allgemeinem Mißtrauen angesehen wird, macht sich die ungeheure Spannung in revolutionären Kundgebungen Luft, die eine immer furchtbarere Gestalt angenommen haben. Der Streik der Eisenbahnbeamten hat das Riesenreich förmlich gelähmt; in den großen Städten sieht man sich einer Hungersnot gegenüber, die in kurzer Zeit zur offenen Revolution führen würde. Und die Eisenbahner bleiben nicht allein; fast ausnahmslos finden sie in den Kreisen der Arbeiter Sympathie und Unterstützung. Der politische Generalstreik, in Deutschland eine törichte Utopie, ist in Rußland bereits so gut wie verwirklicht.

Nur ein Mann ist — vielleicht! — noch in der Lage, Rußland vor dem Chaos zu behüten, Witte. Er hat wenigstens den Mut gehabt, den streikenden Eisenbahnern gegenüber offen auszusprechen, wie die Dinge liegen. Zwei Auswege hat er ihnen gezeigt, beide blutig und traurig; der eine ist die Niederwerfung durch das Militär; der andere der Bürgerkrieg, bei dem die Regierung untergeht. Daß der schwache Nikolaus II. nicht imstande ist, die wilden Wogen zur Ruhe zu bringen, ist wohl so gut wie gewiß. Vielleicht betritt er den Weg, den man ihm jetzt souffliert, ins Ausland zu gehen und Witte die Diktatur zu übertragen. Aber er weiß zu gut: als absoluter Herrscher würde er gehen, aber als absoluter Herrscher nicht wieder zurückkehren.

Deutsches Reich.

Leipzig, 30. Oktober.

* **Der Ausfall der badischen Landtagswahlen** läßt sich nun, nach den am 28. Oktober abgehaltenen Stichwahlen, klar übersehen. Die Vereinbarung zwischen den liberalen Blockparteien und der Sozialdemokratie über eine Reihe gegen das Zentrum zu verteidigende Wahlkreise hat die nach der Hauptwahl drohende Zentrumsmehrheit in der Zweiten Kammer verändert. Andererseits aber haben die Sozialdemokraten mehr Sitze erhalten, als zu erwarten stand, ebenso die Konservativen, und der Block hat die erhoffte Zahl von 32 Sitzen nicht erreicht. Die Zweite Kammer wird zählen 29 Abgeordnete der Blockparteien, 28 des Zentrums, 4 Konservative und 12 Sozialdemokraten. Der vorige Landtag, vor Vermehrung der Sitze von 63 auf 73 und vor Einführung des neuen Wahlgesetzes, wies auf: 25 Nationalliberale, 6 Demokraten, 2 Freisinnige, also 33 Abgeordnete des liberalen Blocks, demnach 4 mehr als der künftige Landtag. Das Zentrum zählte damals 28 Abgeordnete, jetzt hat es 28, also jetzt 5 mehr. Die Konservativen waren damals überhaupt nicht, werden jetzt durch 4 Abgeordnete vertreten. Und die Sozialdemokratie hat 6 Sitze gewonnen, damals 6, jetzt 12. Die Zentrumspartei hat als Antwort auf die Wahlabmachung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten die Konservativen in zwei Wahlkreisen so kräftig unterstützt, daß von ihnen 4 Sitze erobert wurden, während man auf höchstens 2 gerechnet hatte. Eine weitere Beurteilung des Ausfalles der Wahl wird erst möglich sein, wenn die Einzelresultate vorliegen. Erfreulich bleibt auf alle Fälle, daß die Zentrumsmehrheit verhindert worden ist und daß das Zentrum selbst mit Hülfe der ihm so nahe stehenden Konservativen nicht in der Lage ist, auf dem Gebiet des Schulwesens und der kulturellen Fragen überhaupt reaktionäre Pläne durchzuführen.

* **Die Exekution im Vorwärts.** Die Sonntagsnummer des „Vorwärts" enthält an ihrer Spitze das sofort zu vollstreckende Todesurteil der sechs Redakteure, die es wagten, wider den Terrorismus des Parteivorstandes zu mucken. Parteivorstand und Preßkommission erklären zu Berlin, am 28. Oktober 1905:

Wir teilen mit, daß den Genossen Eisner, Grabowsky, Kaliski, Schröder und Weyder heute abend brieflich die Mitteilung zugina, daß der Parteivorstand und die Preßkommission vom 29. d. M. ab auf ihre Tätigkeit in der Redaktion des „Vorwärts" verzichten. Genosse Bettner, der provisorisch als Redakteur angestellt war, ist entlassen worden, seine frühere Stellung als Korrektor am 1. November wieder anzutreten. Vorläufig sind in die Redaktion eingetreten die Genossen Pantzkow, W. Dümmel und Weber. Außerdem wird der Genosse Stadthagen in unbeschränkterem Maße als bisher an der Redaktion teilnehmen. Die Denkschrift des Vorstandes und der Preßkommission über die Differenzen zwischen einem Teil der Redakteure des „Vorwärts" und uns wird in den allernächsten Tagen erscheinen.

Damit ist die Revolution „im" Palast des „Vorwärts" zu Ende und es fragt sich nun, ob die so plötzlich entlassenen fünf Redakteure und der in die Stellung eines Korrektors „zurückavancierte" sechste Redakteur die Revolution nun „draußen" fortsetzen werden und mit welchem Erfolg.

* **Der Hochschulstreit.** Aus Charlottenburg liegt folgende Meldung vor: Laut Anschlag am Schwarzen Brett des Senats der Technischen Hochschule verweigerte der Rektor die Genehmigung des geplanten Studentenverbandes, ebenso die Genehmigung zur Abhaltung einer Studentenversammlung. Die von den Studierenden des vorigen Semesters auf Veranlassung des Rektors Miethe gewählte Vertretung wird nicht mehr anerkannt, das Schwarze Brett der Studentenschaft wurde entfernt.

* **Ein Stück Eisenbahnreform.** Der preußische Eisenbahnminister beabsichtigt, im Laufe des nächsten Jahres Schlafwagen für die Reisenden dritter Klasse einzuführen. Nachdem er ihnen vor etwa zwei Jahren den Zutritt zu den Speisewagen gestattet hat, die bis dahin nur den Passagieren erster und zweiter Klasse zugänglich waren, will er den Reisenden dritter Klasse nunmehr auch die Schlafwagen öffnen, die bisher ebenfalls nur für die Reisenden erster und zweiter Klasse beziehungsweise für die Passagiere der Luxuszüge zugänglich waren. Die Reform wird vor allem in den Kreisen der Geschäftsreisenden begrüßt werden, die bisher stets den hohen Zuschlag zur zweiten Klasse zu zahlen gezwungen waren, um den Schlafwagen dieser Klasse benutzen zu können.

* **Zur Betriebsschließung im Verbande der sächsisch-thüringischen Webereien** wird uns aus Arbeitgeberkreisen geschrieben: Bis auf einige wenige Betriebe, die noch an Kündigung bis 4. November gebunden sind, stehen heute alle Webereien des Sächsisch-Thüringischen Verbandes still. Die Verhetzungen der sozialdemokratischen Organisation und Presse haben es dahin gebracht, daß der vor einiger Zeit gefaßte Beschluß der Fabrikanten in die Tat umgesetzt werden mußte. Immer und immer wieder hat durch Quertreibereien aller Art die Organisation die Arbeiterschaft abgehalten, den neuen Lohntarif anzunehmen, und sie veranlaßt, lieber eine Arbeitseinstellung über sich ergehen zu lassen. Den wenigen, jedem Winke der sozialdemokratischen Führer gefügigen Arbeitern sind eine große Menge von solchen Arbeitern gefolgt, die gern auf die Seite ihrer Arbeitgeber treten möchten, aber die geradezu widerlichen terroristischen Belästigungen durch die Organisation mehr fürchten, als die trüben Zeiten einer Beschäftigungslosigkeit. Ganz besonders traten in den letzten Tagen solche Beschimpfungen und Drangsalierungen hervor, wenn der eine oder andere Arbeiter seine Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit am 6. November erklären wollte. Es ist demnach sehr wahrscheinlich, daß, nachdem die Betriebe nun einmal geschlossen sind, zu den bis jetzt zur Wiederaufnahme Gemeldeten noch ein guter Prozentsatz hinzutreten dürfte, weil eine Anmeldung in jeder beliebigen Form zulässig und daher nicht der Schmähung so leicht unterworfen ist, wie in den im Betriebe befindlichen Webstühlen. Die Arbeiterschaft ist sich der ganzen Schwere und des Ernstes ihrer gegenwärtigen Lage gar nicht bewußt; sie ist darüber ebenfalls durch die sozialdemokratische Organisation in Verblendung gehalten. Sie würde sonst den Ausweg aus dem zum Stillstand veranlaßten Betriebe nicht unter geradezu kindischem Allotria vornehmen, wie dies in einigen Betrieben geschehen ist. Die Lohnfrage spielt eben gar keine Rolle bei der Organisation, ihr ist es gleichgültig, da der Arbeiter ja doch schließlich die Zeche bezahlen muß. Nur die Machtfrage ist ihr Ziel, sie will unter allen Umständen ihre Hände zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben. Der allgemeine Charakter des sächsisch-thüringischen Arbeiterstammes ist Arbeitsamkeit, Zufriedenheit und Nüchternheit, und ist auf gutes Einvernehmen mit dem Arbeitgeber gerichtet. Aber dem fortgesetzten Wühlen ist es gelungen, bei einem großen Teile der Arbeiterschaft diese guten Eigenschaften vor dem Terrorismus zurücktreten zu lassen. Arbeiter, deren Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit zu den neuen Lohnbedingungen bekannt geworden ist, werden auf dem Wege von und zur Fabrik verhöhnt und belästert in der unglaublichsten Weise. Hier bleibt, um endlich Wandel zu schaffen, eben nur das Mittel der Selbsthülfe. Wie dies für die Unternehmer im Kampf mit der Arbeiterorganisation die jetzt vorgenommene Schließung der Betriebe ist, so ist es für die arbeitswillige Arbeiterschaft nur das Zusammentreten der übrigen, weit überwiegenden Gutgesinnten, um den Terroristen einmal die Zähne zu zeigen. Mit Duldsamkeit und Scheu ist hier nichts getan. Hier heißt es, den Spieß umdrehen und sich von der rüden Sippschaft nichts bieten lassen. Besonders in den kommenden Tagen, wenn vom 6. November ab sich nur die als ausgesperrt zu betrachten haben, die den Kampf wollen, wird es Sache der Arbeitswilligen sein, sich Belästigungen jeder Art vom Leibe zu halten. — Ueber den Umfang der Aussperrung geben folgende Zahlen Aufschluß: Es stehen in dem ganzen Arbeitsgebiet gegen 33 000 Webstühle still und 16 000 bis 17 000 Arbeiter feiern. Am 4. November folgen noch gegen 1500 bis 1800 Stühle mit zirka 800 Arbeitern der an Kündigung gebundenen Betriebe.

* **Kleine politische Nachrichten.** Der Reichskanzler Fürst Bülow hat sich bereit erklärt, dem Wunsche der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder hinsichtlich der Aufstellung einer Bäderhygiene des deutschen Reiches Folge zu geben. Der Direktor des hygienischen Amts der Stadt Berlin, Professor Dr. Hirschberg, hat die wissenschaftliche Leitung in die Hand genommen. — Dem Generalsuperintendenten, Wirkl. Oberkonsistorialrat D. Rehe in Münster ist die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amte als Generalsuperintendent der Provinz Westfalen erteilt und der königliche Kronenorden 1. Klasse verliehen worden. — Das Kaisermanöver im nächsten Jahre soll das 6. Schlesische Korps abhalten. Es wird zu diesem Ende auf die Stärke von drei Infanterie-Divisionen und einer Kavallerie-Division, namentlich durch Truppen des königlich sächsischen Kontingents, gebracht werden. Die Gegenpartei stellt das 3. und 5. Armeekorps. Als Schauplatz des Kaisermanövers dürfte wahrscheinlich der Regierungsbezirk Liegnitz gewählt werden.

Ausland.

Rußland.

* **Witte und seine Gegner.** Ueber London wird gemeldet, Graf Witte hatte am Freitag eine Konferenz mit dem Zaren, die volle 5 Stunden dauerte. Als er zurückkehrte, war sein Haus völlig dunkel; da das elektrische Licht nicht mehr funktioniert, mußte man sich notdürftig mit Petroleumlampen behelfen. Wie der Zar und Witte miteinander verhandelt und beschlossen haben, weiß zwar niemand, aber ganz Petersburg behauptet, daß die Lage völlig unverändert ist, weil der Zar sich nicht entschließen kann, das Programm des Grafen Witte anzunehmen. Seit drei Tagen liegen die Vorschläge des Grafen Witte auf seinem Schreibtisch, aber immer noch ohne seine Unterschriften, da er wieder einmal keinen Entschluß fassen kann. Bei der Großfürstin Maria Alexandrowna sitzen jeden Nachmittag die höchsten Magnaten des Reiches und Freunde des Zaren und überlegen, wie sich der Kaiserhof entwirren läßt, an dessen Verknotung sie selbst Schuld sind. Sie verhandeln unter strengstem Ausschluß, aber trotzdem weiß nach wenigen Stunden jeder in Petersburg, der sich dafür interessiert, was sie beschlossen haben. Ihr Anführer ist immer noch Graf Ignatiew, der den Grafen Witte für einen Mirabeau und seine Freunde für Jakobiner hält. Ignatiews Programm lautet: Das Todesurteil für jeden Gegner des absoluten Regimes.

* **Die Erregung in Moskau.** Die offiziöse Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Moskau: Die große Erregung der Bevölkerung hält an. Heute vormittag erzwangen die Kommis die Schließung aller Läden mit Ausnahme der kleinen Kolonialwarengeschäfte. An mehreren Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, besonders am Iwerskiplatz, bei denen viele Personen verwundet wurden. Die Universität ist verbarrikadiert und wird von bewaffneten Studenten beschützt. Auf Befragung der Stadtverwaltung haben Delegierte der Arbeiter sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß der Betrieb des städtischen Wasserwerkes wieder aufgenommen wird, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter über das Wasserwerk völlig verfügen, daß sie die betreffenden Ingenieure ausweisen und daß sie das Recht haben, nach ihrem Ermessen den Betrieb zu unterbrechen. Die Stadtverwaltung will ihre Antwort im Laufe des Abends erteilen. Um 3 Uhr nachmittags fand eine große Versammlung statt, an der sich der Gemeinderat, sowie Vertreter des Semstwos, des Adels, der wissenschaftlichen Gesellschaften, der Presse, sowie der Vereine und Verbände aller Parteien, auch der revolutionären, beteiligten. Die Redner traten in leidenschaftlichen Reden für den Kampf mit Waffengewalt und für die Einrichtung eines Wahlfahrtsausschusses ein. Verschiedene Arbeitergruppen, besonders die Drucker, haben sich dem Ausstande angeschlossen.

* **Gerüchte über die Schwarze Meer-Flotte.** Die Gerüchte über Meuereien auf Schiffen der Schwarzen Meer-Flotte, Untergang des „Potemkin" usw. haben bisher noch keine Bestätigung gefunden. Es scheinen jedoch tatsächlich Dinge vor sich gegangen zu sein, die zu diesen Gerüchten Anlaß gegeben haben. Heute liegt dem „Berl. Lok.-Anz." wieder folgendes Telegramm aus Petersburg vor: „Das Gerücht von einer furchtbaren Katastrophe im Schwarzen Meere erhält sich hier mit wachsender Bestimmtheit. Auf dem Panzerschiff „Knjäs Potemkin" soll eine Explosion stattgefunden haben, welche angeblich den Untergang des Schiffes zur Folge hatte. Marineminister Birilew soll sich zur Zeit der Explosion zur Inspizierung auf dem Schiff befunden und dabei seinen Tod gefunden haben. Näheres über die Katastrophe war hier bis jetzt noch nicht in Erfahrung zu bringen. Nach den trüben Erfahrungen, die mit der Mannschaft der Schwarzen Meer-Flotte vor einigen Monaten gemacht worden sind, kann man diese Nachricht nicht ohne weiteres als unwahrscheinlich bezeichnen. Jedenfalls darf als sicher angenommen werden, daß die Flotte des Schwarzen Meeres abermals einem verbrecherischen Anschlag ausgesetzt gewesen ist.

* **Eine Konstitution für Rußland?** Aus Wien wird uns von einer Seite, die sich meist gut unterrichtet gezeigt hat, geschrieben: Man erwartet schon für die allernächste Zeit Entschließungen des Zaren, welche geeignet sein werden, der gefahrvollen Situation ehrenhaftlich ein Ende zu bereiten. Nach den Kundgebungen, welche sich schon in mannigfacher Beziehung während des Krieges äußerten, muß berichtet werden, daß auch das Militär mit den Revolutionären gemeinsame Sache machen wird, und tatsächlich liegen heute aus Petersburg Nachrichten vor, nach welchen in den Versammlungen in der Universität, welche unter Teilnahme von vielen Tausenden der verschiedensten Berufsklassen stattgefunden haben, auch zahlreiche Offiziere erschienen sind. Wie aus der russischen Hauptstadt gemeldet wird, wurde in der vergangenen Nacht beim Kaiser Nikolaus in Peterhof eine Konferenz abgehalten, an welcher Graf Lamsdorff, Graf Witte und einige andere Minister teilgenommen haben. Man glaubt, daß es sich um die Beratung über den Vorschlag des Ministers Witte betreffs einer Konstitution gehandelt hat.

Norwegen.

* **Die Stellung der norwegischen Regierung.** „Aftenposten" meldet heute, daß die Regierung mit dem Gesetzentwurfe betr. die Königswahl stehe und falle. Daß die Mitglieder der Regierung hierin einig seien, sei zweifellos. Das sei schon unmittelbar nach der Fertigstellung des Gesetzentwurfes bekannt geworden. Ebenso selbstverständlich sei es, daß die Regierung demissionieren werde, sobald die Volksabstimmung ihre Ermächtigung zur Königswahl verweigere. — Aller Voraussicht nach wird die Volksabstimmung zu Gunsten der Königswahl ausfallen. Nur im Storthing dürfte es über den Gesetzentwurf, der die Volksabstimmung anordnet, zu heftigen Debatten kommen, doch ist an seiner Annahme kaum zu zweifeln. (S. letzte Dep.)

Kreta.

* **Der Aufstand auf Kreta.** Ueber Rom, 28. Oktober, wird uns mitgeteilt, daß die Lage auf Kreta stationär ist. Die Aktion richtet sich zurzeit nur gegen die russischen Besatzungstruppen. Russen und Insurgenten stehen sich Auge in Auge gegenüber in Azoforanos, das die letzteren schnell befestigt haben. Die Russen sind bei Zicorgiopolis, das sie nach ihrer Manier wieder bis zur Hälfte niedergebrannt haben. Die Insurgentenchefs Manos, Benizelos und Manos befestigen den Ort Wamos, alles deutet auf einen baldigen Kampf hin. Die Insurgenten sind 1250 Mann stark. Die Russen haben dort 400 Soldaten, 50 Gendarmen, 200 Gegenrevolutionäre, zusammen nur 650. Ein Dampfer mit Vorräten für die provisorische Regierung in Therisos hat an verschiedenen Stellen der Insel seine Ladung löschen können, darunter 16 000 Kantar Mehl, sonstige Nahrungsmittel und hauptsächlich Waffen und Munition.